

19/2005

DIE  ZEIT

Günter Grass

Freiheit nach Börsenmaß

Die Politik ist machtlos gegen die Ökonomie.
Das gefährdet die deutsche Demokratie

Freiheit nach Börsenmaß

Die Politik ist machtlos gegen die Ökonomie. Das gefährdet die deutsche Demokratie

Sechzig Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Großdeutschen Reiches – so weit greift die Zeitspanne eines von Arbeit bestimmten Lebens mit Aussicht auf Rentenanspruch. So lange liegt zurück, was der Erinnerung, dem grobmaschigen Sieb, zu entfallen droht. Nachdem ich in der Lausitz inmitten chaotischer Rückzugskämpfe verwundet worden war, lag ich vor sechzig Jahren mit einer schnell verheilenden Fleischwunde am rechten Oberschenkel und einem bohnen-großen Granatsplitter in der linken Schulter in Marienbad, einer Lazarettstadt, die wenige Tage zuvor von amerikanischen Soldaten besetzt worden war, wie zeitgleich die benachbarte Stadt Karlsbad von sowjetischen Einheiten. In Marienbad erlebte ich den 8. Mai als siebzehnjähriger Dummkopf, der bis zum Schluss an den Endsieg geglaubt hatte. Also schlug mir nicht die Stunde der Befreiung; vielmehr beschlich mich das dumpfe Gefühl, nach totaler Niederlage ein Besiegter zu sein. Als befreit konnten sich allenfalls diejenigen sehen, die den Massenmord in den deutschen Konzentrationslagern überlebt hatten und in einem Zustand waren, der den Gebrauch von Freiheit sogleich wieder einschränkte.

Wenn sich also Mal um Mal der 8. Mai jährt und in wohlgesetzten Reden als Tag der Befreiung gefeiert wird,

kann nur eine nachträgliche Einsicht gemeint sein, zumal wir Deutsche wenig bis nichts für unsere Befreiung getan haben. Während der ersten Nachkriegsjahre bestimmten Hunger und Kälte, die Not von Flüchtlingen, Vertriebenen und Ausgebombten den Alltag. In allen vier Besatzungszonen konnte der zunehmende Andrang von schließlich mehr als zwölf Millionen Deutschen, die aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland geflüchtet waren oder ausgewiesen wurden, nur durch Zwangseinweisung in beschränkten Wohnraum reguliert werden. Wenn immer wieder – und jeweils nach parteipolitischem Bedarf – die Frage gestellt wird, »Worauf dürfen wir Deutschen stolz sein?«, sollte zu allererst diese notgedrungene Leistung genannt werden. Kaum war Freiheit erlebbar, musste Zwang ausgeübt werden: In beiden deutschen Staaten wurden dadurch dauerhafte Massenlager für Flüchtlinge und Vertriebene vermieden. So wurde die Gefahr nachwachsender Hassgefühle eingedämmt, desgleichen jenes Bedürfnis nach Rache, das sich bei anhaltendem Lagerleben vererbt und – wie die Gegenwart zeigt – Terror und Gegenterror zur Folge hat.

Mithin eine Leistung besonderer Art. Denn die Zwangseinweisung von Flüchtlingen und Vertriebenen musste oft genug gegen den fremdenfeindlichen Widerstand sesshaft einheimischer Bevölkerung durchgesetzt werden; die Einsicht, dass alle Deutschen, nicht nur die Ausgebombten und nunmehr Heimatlosen, den Krieg verloren hatten, dämmerte nur zögerlich; so früh wurde

hierzulande das bis heute virulente Verhalten gegenüber Ausländern im Umgang von Deutschen mit Deutschen eingeübt.

Schon damals gab es Wortführer der Befreiungsrhetorik. Als Einzelne und in Gruppen traten sie auf. So viele selbst ernannte Antifaschisten gaben plötzlich den Ton an, dass man sich fragen mochte: Wie hat sich Hitler gegen dergestalt starken Widerstand behaupten können? Fleckige Westen wurden im Schnellverfahren gewaschen, so genannte Persilscheine ausgestellt. Aus der Werkstatt nachträglich tätiger Falschmünzer kamen weitere Wortprägungen in Umlauf. Die bedingungslose Kapitulation wandelte sich zum »Zusammenbruch«. Obgleich von der Wirtschaft über die Justiz und bis in die bald wieder den Lehrbetrieb aufnehmenden Schulen und Universitäten, später bis in den diplomatischen Dienst hinein – und wo nicht noch? – viele ehemalige Nationalsozialisten den angestammten Besitz wahrten, im Amt blieben, sich weiterhin am Katheder festhielten und bald in der Politik ihre Karriere fortsetzten, wurde die »Stunde Null« eingeläutet. Eine besonders infame Verfälschung von Tatsachen findet sich bis heute in Reden und Verlautbarungen, sobald die von Deutschen begangenen Verbrechen als »im Namen des Deutschen Volkes begangene Untaten« umschrieben werden. Zudem kündigte sich die zukünftige Teilung des restlichen Landes in zweierlei Sprachgebrauch an: In der sowjetisch besetzten Zone sollte es einzig und allein die Rote Armee gewesen sein, die Deutschland vom faschistischen Terror befreit hatte;

in den westlichen Besatzungszonen kam ausschließlich den Amerikanern, Engländern und Franzosen der Ruhm zu, nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa von der Nazi Herrschaft befreit zu haben.

Im alsbald beginnenden Kalten Krieg sind dann auch folgerichtig die seit 1949 bestehenden deutschen Staaten dem einen, dem anderen Machtblock zugefallen, wobei sich die Regierungen beider Staatsgebilde als Muster-schüler der jeweils dominierenden Macht zu beweisen strebten. Vierzig Jahre später ist es ironischerweise die Sowjetunion gewesen, die sich in Glasnost-Zeiten der ihr lästig werdenden DDR entledigte. Die nahezu bedingungslose Folgsamkeit der Bundesrepublik gegenüber den USA wurde zum ersten Mal verweigert, als sich die rot-grüne Regierung entschloss, souverän von der uns vor sechzig Jahren geschenkten Freiheit Gebrauch zu machen, indem sie die Teilnahme deutscher Soldaten am Irak-Krieg verweigerte.

»Geschenkte Freiheit« heißt eine Rede, die ich am 8. Mai 1985 in der Berliner Akademie der Künste gehalten habe. Dazumal war das Land noch geteilt, also setzte ich beide Staaten in Vergleich, ihr Bedürfnis nach Abgrenzung, ihre unterschiedlichen Abhängigkeiten, ihren jeweils dogmatisch geprägten Materialismus, ihre Angst vor und ihre Sehnsucht nach Vereinigung. Die »geschenkte Freiheit« betraf nur den westdeutschen Staat, der östliche ging leer aus.

Zwanzig Jahre später sind angesichts des Zustandes der durch Anschluss größer gewordenen Bundesrepublik Fragen nach dem Gebrauch dieses Geschenks zu stellen. Sind wir mit der uns zugefallenen, nicht von uns erstrittenen Freiheit sorgfältig umgegangen? Haben die westdeutschen Bürger zugunsten der Bürger der ehemaligen DDR, die die Hauptlast des von allen Deutschen begonnenen und verlorenen Krieges hatten tragen müssen, in gerechtem Maß für Ausgleich gesorgt? Und weiter gefragt: Ist unsere parlamentarische Demokratie als Garant für freiheitliches Handeln noch souverän genug, um den anstehenden Problemen des 21. Jahrhunderts gegenüber handlungsfähig zu sein?

Fünfzehn Jahre nach der Unterzeichnung des Einheitsvertrages ist zu erkennen und nicht mehr zu verschweigen oder schönzureden, dass uns die Einheit Deutschlands, trotz erbrachter finanzieller Leistungen, in ihren Grundzügen missraten ist. Und das von Anbeginn. Kleinliches Kalkül hinderte die damalige Regierung, einer im Grundgesetz vorsorglich verankerten Aufforderung zu folgen, also den Bürgern beider Staaten eine neue, in gesamtdeutschem Bemühen erarbeitete Verfassung vorzulegen. So kann es nicht verwundern, dass sich die Menschen in den bloß angeschlossenen Bundesländern als Deutsche zweiter Klasse erleben. Was den Besitz von Produktionsstätten, der Energieversorgung, der Zeitungen und Verlage betrifft, ist diese einst »volkseigene« Substanz des verschwundenen Staates unter gelegentlich krimineller Mitwirkung der Treuhandanstalt

abgewickelt, schließlich enteignet worden. Der Anteil der Arbeitslosen ist doppelt so hoch wie in den westlichen Bundesländern. Westdeutsche Arroganz ließ keinen Respekt vor ostdeutschen Biografien aufkommen. Die vormals befürchtete Abwanderung der Bevölkerung – weshalb überstürzt und zu früh die D-Mark eingeführt wurde – findet gegenwärtig und alltäglich statt: Ganze Landstriche, Dörfer und Städte entleeren sich. Nachdem die Treuhand ihr Schnäppchengeschäft gemacht hatte, verweigerten die westdeutsche Industrie und desgleichen die Banken notwendige Investitionen, Kredite und also das Schaffen von Arbeitsplätzen; lieber redet man gebetsmühlenhaft den deutschen Standort schlecht und bringt sein Schäflein im Ausland ins Trockene. Da helfen keine Hauruck-Reden. Angesichts dieser Schieflage kann nur, wenn überhaupt noch jemand, der Gesetzgeber, das Parlament helfen. Womit die Frage nach der Handlungsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie abermals gestellt wird.

Nun, ich behaupte, dass unsere frei gewählten Abgeordneten nicht mehr frei sind in ihren Entschlüssen. Dabei ist nicht der übliche Fraktionszwang, für den es Gründe geben mag, entscheidend; vielmehr ist es der Ring von Lobbyisten aus vielerlei Interessen, der den Bundestag und dessen demokratisch legitimierte Abgeordnete einengt, beeinflusst, unter Druck setzt und sich bis in die Gestaltung und Texte der Gesetze Mitsprache erzwungen hat. Kleine und größere Gefälligkeiten helfen nach. Strafwürdige Machenschaften werden als Kavaliersdelikt

abgetan. Niemand nimmt ernsthaft mehr Anstoß an einem mittlerweile ausgefeilten System, dessen Praxis sich aus wechselseitigen Begünstigungen speist.

Mithin entscheidet das Parlament nicht souverän. Es ist von den mächtigen Wirtschaftsverbänden, den Banken und Konzernen abhängig, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegen. So macht sich der Gesetzgeber zum Gespött. So missrät das Parlament zur Filiale der Börse. So unterwirft sich die Demokratie dem Diktat des global flüchtigen Kapitals. Wen wundert es, wenn sich mehr und mehr Bürger empört, angewidert, schließlich resigniert von solch offen zutage tretenden Machenschaften abwenden, den Wahlgang als bloße Farce werten und auf ihr Wahlrecht verzichten? Vonnöten wäre der demokratische Wille, den Bundestag vor dem Andrang der Lobbyisten durch eine Bannmeile zu schützen. Doch sind unsere Parlamentarier noch frei genug für einen Entschluss, der radikaldemokratischen Zwang ausüben müsste?

Wiederum stellt sich die Frage: Was ist aus der uns vor sechzig Jahren geschenkten Freiheit geworden, zahlt sie sich nur noch als Börsengewinn aus? Unser höchstes Verfassungsgut schützt nicht mit Vorrang die bürgerlichen Rechte, ist vielmehr zu Niedrigpreisen verschleudert worden, auf dass es, dem neoliberalen Zeitgeist genehm, vor allem der sich »frei« nennenden Marktwirtschaft dienlich wird. Doch dieser zum Fetisch gewordene Schummelbegriff verdeckt nur mühsam das asoziale Verhalten der Banken, Industrieverbände und Börsenspeku-

lanten. Wir alle sind Zeugen, wenn weltweit Kapital vernichtet wird, wenn so genannte feindliche und freundliche Übernahmen Tausende Arbeitsplätze vernichten, wenn die bloße Ankündigung von Rationalisierungsmaßnahmen als Entlassung von Arbeitern und Angestellten die Kurse steigen lässt und dies reflexhaft als hinzunehmender Preis für »das Leben in Freiheit« gewertet wird.

Die Folgen dieser als Globalisierung verkleideten Entwicklung treten deutlich zutage, sind an Statistiken abzulesen. Mit der seit Jahren konstant hohen Zahl von Arbeitslosen, die nun bei fünf Millionen liegt, und der gleichfalls konstanten Weigerung der Unternehmer, trotz nachweislich hoher Renditen, besonders im Exportbereich, neue Arbeitsplätze zu schaffen, hat sich die Hoffnung auf Vollbeschäftigung verflüchtigt. Ältere Arbeitnehmer, die durchaus noch leistungsfähig wären, werden in die Frührente abgeschoben. Jungen Menschen bleibt der gelernte Einstieg ins Arbeitsleben verwehrt. Schlimmer noch: Bei gleichzeitigem Gejammer über drohende Vergreisung und papageienhaft wiederholten Forderungen, mehr für Jugend und Bildung zu tun, leistet sich die Bundesrepublik – das immer noch reiche Land – einen Zuwachs von beschämendem Ausmaß, »Kinderarmut« genannt.

All das wird mittlerweile, als sei es gottgewollt, hingenommen, begleitet allenfalls von landesüblicher Nörgelei. Fragen nach der Verantwortung geraten schnurstracks auf den zentral liegenden Verschiebe-

bahnhof. Dort werden sie mal auf dieses, mal auf jenes Abstellgleis rangiert. Doch die Zukunft von mehr als einer Million Kindern, die in verarmten Familien aufwachsen, bleibt weiterhin verhängt. Wer auf diesen Missstand und auf weitere ins soziale Abseits gedrängte Menschen hinweist, wird von alerten Jungjournalisten günstigstenfalls als »Sozialromantiker« verspottet, in der Regel jedoch als »Gutmensch« diffamiert. Fragen nach den Gründen für die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich werden als »Neiddebatte« abgetan. Das Verlangen nach Gerechtigkeit wird als Utopie verlacht. Der Begriff Solidarität findet sich nur noch in der Rubrik Fremdwörter.

Hier die Ackermänner und Esser – dort die Namenlosen, denen die Suppenküche Zuflucht bietet. Hier die coolen Besserverdienenden – dort die statistisch erfassten Sozialfälle. Bei aller Beschwörung einer gewiss erstrebenswerten Zivilgesellschaft formiert sich in der Bundesrepublik Deutschland die längst überwunden geglaubte Klassengesellschaft. Nicht mehr zu vermuten, festzustellen ist: Was als neoliberal plakatiert wird, erweist sich, genau gesehen, als Rückgriff auf die menschenverachtende Praxis des Frühkapitalismus. Und die soziale Marktwirtschaft – einst ein Erfolgsmodell wirtschaftlichen und solidarischen Handelns – degeneriert zur freien Marktwirtschaft, der die verfassungsgemäße Sozialverpflichtung des Eigentums lästig und das Streben nach Rendite sakrosankt ist.

Als uns vor sechzig Jahren Freiheit geschenkt wurde und die Geschlagenen anfangs nicht wussten, wie ihnen geschah, machten sie nach und nach von diesem Geschenk Gebrauch. Sie lernten Demokratie und bewiesen sich dabei – weil sie nun mal unabänderlich Deutsche waren – als Musterschüler. Von heute aus gesehen, scheint, was nach erteilten Lektionen gebüffelt wurde, zumindest für ein befriedigendes Zeugnis zu reichen. Wir übten uns das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition ein, wobei sich allzu lange Regierungsperioden letztlich als Durststrecken erwiesen haben. Die viel gerühmte und geschmähte 68er-Generation brachte anderen und schließlich auch sich Toleranz bei. Wir mussten erkennen, dass, was uns belastet, nicht zu verdrängen ist, von den Eltern auf die Kinder kommt und uns als deutsche Vergangenheit, wir mögen noch so weit reisen und exportieren, immer wieder einholt. Wiederholt brachten uns Neonazis in Verruf. Dennoch könnte man meinen, es habe sich hierzulande die Demokratie gefestigt. Drei Herausforderungen musste sie standhalten, die vierte steht ihr bevor.

Nachdem in beiden deutschen Staaten die Trümmer ab- und beiseite geräumt waren, verlief der Wiederaufbau im Osten unter den Zwängen des stalinistischen Systems; im westlichen Staat jedoch unter günstigen Bedingungen. Was rückblickend »Wirtschaftswunder« genannt wird, war jedoch keiner Einzelleistung zu danken, wurde von vielen erarbeitet. Vertriebene und Flüchtlinge gehörten dazu, die, was ihren materiellen Besitz betraf, in der Tat

bei null anfangen mussten. Nicht zu vergessen, der Anteil ausländischer Arbeiter, die anfangs höflich »Gastarbeiter« genannt wurden. Die Unternehmer der Aufbauphase investierten beispielhaft jede als Gewinn zu buchende Mark in neue Arbeitsplätze. Den Gewerkschaften und Unternehmern war offenbar der Verfall der Weimarer Republik bewusst, also zwangen sie einander Kompromisse ab und sorgten für sozialen Ausgleich. Über so viel Plackerei und Gewinnstreben drohte allerdings die Vergangenheit vergessen zu werden.

Erst in den sechziger Jahren wurden zuerst von Schriftstellern, dann von einer Jugendbewegung, die vereinfacht »Studentenprotest« hieß, Fragen nach alldem gestellt, was der älteren, der Kriegsgeneration nicht über die Lippen kommen wollte. Die Protestbewegung strebte verbal die Revolution an, fand sich dann aber mit Reformen ab, für die sie, oft ungewollt, das Klima bereitet hatte; ohne sie hinge uns heute noch der Mief der Adenauer-Zeit an, ohne sie wäre die neue Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition als schrittweise Annäherung der beiden Staaten nicht realisierbar gewesen.

Die dritte Herausforderung ergab sich, als die Mauer gefallen war und im größeren Ausmaß die Teilung Europas zumindest in machtpolitischer Hinsicht aufgehoben wurde. Vier Jahrzehnte lang existierten die beiden deutschen Staaten mehr gegen- als nebeneinander. Da es auf westlicher Seite an Bereitschaft fehlte, der östlichen Gleichberechtigung zuzugestehen, ist die Einheit des Landes bislang nur auf einem Papier zu finden, das allzu hastig

und ohne Verständnis für die weitreichenden Folgen dieser Hast ausgehandelt wurde.

Seitdem stagniert das größer gewordene Land. Weder ist es der Regierung Kohl noch der Regierung Schröder gelungen, die anfangs gemachten Fehler auszugleichen. Spät, vielleicht zu spät erkennen wir, dass nicht Rechtsradikale den Staat bedrohen oder gar – wie uns die Verbotshuber glauben machen wollen – als Gefahr Nummer eins anzusehen sind, vielmehr ist es die Ohnmacht der Politik, derzufolge sich die Bürger schutzlos dem Diktat der Ökonomie ausgesetzt sehen. Immer häufiger werden Arbeiter und Angestellte von Konzernen erpresst. Nicht der Bundestag, sondern die Pharmaindustrie und die von ihr abhängigen Verbände der Ärzte und Apotheker entscheiden darüber, wem die Gesundheitsreform nützlich, aus ihrer Sicht gewinnbringend zu sein hat. Anstelle der Sozialverpflichtung des Eigentums gibt sich Profitmaximierung als Grundwert aus. Die frei gewählten Parlamentarier fügen sich dem landesinneren wie dem globalen Druck des Großkapitals. So richtet man zwar nicht den Staat – der hält viel aus –, wohl aber die Demokratie zugrunde.

Als vor sechzig Jahren das Großdeutsche Reich bedingungslos kapitulierte, wurde mit ihm ein Macht- und Terrorsystem zerschlagen, das nur zwölf Jahre lang europaweit Schrecken verbreitet hatte, doch bis heute einen Schatten wirft. Wir Deutsche haben uns dieser überlieferten Schande immer wieder gestellt und, wenn wir zögerlich waren, stellen müssen. Über Generationen

hinweg ist die Erinnerung an das Leid, das wir anderen und uns zugefügt haben, wachgehalten worden. Oft haben wir uns dazu zwingen müssen. Im Vergleich mit anderen Völkern, die jeweils mit anders verschuldeter Schande leben – ich nenne Japan, die Türkei, die ehemaligen Kolonialmächte –, haben wir die Last unserer Vergangenheit nicht abgeschüttelt. Als permanente Herausforderung wird sie Teil unserer Geschichte bleiben. Dass wir der gegenwärtigen Gefahr eines neuen Totalitarismus, für den weltumfassend die zuletzt verbliebene Ideologie steht, gewachsen sein werden, ist nur zu hoffen.

Als selbstbewusste Demokraten sollten wir der Macht des Kapitals, für die der Mensch nur produzierendes und konsumierendes Material ist, souverän widerstehen. Wer die geschenkte Freiheit gleich einem Börsengewinn verrechnet, hat nicht begriffen, was uns Jahr nach Jahr der 8. Mai lehrt.